



FRIEDRICH NAUMANN
STIFTUNG Für die Freiheit.

WAS TUN GEGEN DESINFORMATION? 10 strategische Forderungen

Ann Cathrin Riedel

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam-Babelsberg

✉/freiheit.org

f/FriedrichNaumannStiftungFreiheit

📺/FNFreiheit

Autorin

Ann Cathrin Riedel, Themenmanagerin
für Digitalisierung & Innovation, Referat Globale Themen

Redaktion

Referat Globale Themen,
Fachbereich Internationales,
Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Kontakt

Telefon +49 30 220126-34
Telefax +49 30 690881-02
E-Mail service@freiheit.org

Stand

März 2021

Hinweis zur Nutzung dieser Publikation

Diese Publikation ist ein Informationsangebot der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Die Publikation ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf nicht von Parteien oder von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden (Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament).

Lizenz

Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

Inhalt

VORWORT	4
1. AUF DIE WORTE KOMMT ES AN: KORREKTE BEGRIFFE VERWENDEN	4
2. BILDER UND EMOTIONEN: DIE GESAMTE BANDBREITE AN DESINFORMATION BEGREIFEN	5
3. AUFKLÄRUNG UND BILDUNG: BUNDESZENTRALE FÜR DIGITALE BILDUNG EINFÜHREN	5
4. MEINUNGSFREIHEIT SICHERN: KLUGE REGULIERUNG GEGEN OVERBLOCKING	6
5. EIN MODERNER RECHTSSTAAT	6
6. TECHNOLOGIE INS BLICKFELD NEHMEN: STÄRKERE VERANTWORTUNG VON PLATTFORMBETREIBERN	7
7. SOCIAL-MEDIA-COUNCILS: ZIVILGESELLSCHAFT VERBINDLICH EINBINDEN	8
8. JOURNALISMUS FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT STÄRKEN	8
9. DIPLOMATIE IM DIGITALEN ZEITALTER: CYBER- AUSSENPOLITIK PRIORISIEREN	9
10. GEFAHRENABWEHR DURCH BESSERE KOMMUNIKATION, CIVIC TECH UND TRANSPARENZ	9

Vorwort

Desinformation, Hass, Hetze gegen Andersdenkende und Manipulation mit falschen oder gefälschten Darstellungen haben sich in den letzten Jahren mit der zunehmenden Digitalisierung des politischen Diskurses zu einer Gefahr für die Meinungsfreiheit, den herrschaftsfreien Diskurs und demokratische Prozesse entwickelt.

Bei Maßnahmen gegen Desinformationen müssen deshalb sowohl Regierungen als auch Unternehmen die Vereinbarkeit mit diesen elementaren Menschenrechten sicherstellen. Regulierung und Technikgestaltung müssen auf die Einhaltung der Meinungs- und Informationsfreiheit, sowie der Pressefreiheit ausgelegt sein. Auch die Verpflichtung von Regierungen und Unternehmen, Maßnahmen gegen Desinformationen zu ergreifen, folgt aus den Menschenrechten: Desinformationen bedrohen die Arbeit und die Persönlichkeitsrechte von Journalistinnen, Politikern und Aktivistinnen und Aktivisten. Desinformationen haben durch Wählerbeeinflussung Auswirkungen auf das Menschenrecht auf Wahlfreiheit. Stigmatisierung durch Desinformationen birgt die Gefahr der Diskriminierung von Minderheiten. Gerade die COVID-19-Pandemie zeigt, dass Desinformationen über Ge-

fahren und Auswirkung des Virus das Menschenrecht auf Schutz der Gesundheit beeinträchtigen.

Desinformationen sind kein neues Phänomen, das erst mit Social-Media-Plattformen aufgekommen ist, sondern ist ein bekanntes Instrument jeder Kriegsführung und autoritärer Staaten. Selbst im digitalen Zeitalter sind diese Plattformen nicht die einzigen Kanäle, über die Desinformationen, Propaganda und Verschwörungserzählungen verbreitet werden. Bei Maßnahmen gegen Desinformation muss auch darauf geachtet werden, dass klassische Kanäle, wie TV, Radio und Print und ihre immer noch bedeutende Reichweite nicht außer Acht gelassen werden. Der größte Regelungsbedarf besteht aber aktuell im Online-Bereich, wo seit einigen Jahren neue Dienste und Angebote Wirkungen entfalten, die in ihrer Dimension unterschätzt wurden, von wirtschaftlichen Interessen angetrieben werden und auf die deshalb die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend vorbereitet sind. Um mit diesen Entwicklungen umzugehen und um liberale Demokratien und offene Gesellschaften dagegen widerstandsfähig zu machen, müssen Gesetzgeber und Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und Unternehmen ihrer Verantwortung nachkommen.

1 Auf die Worte kommt es an: Korrekte Begriffe verwenden

Die Regierenden müssen sich strikt an die korrekten Begriffe halten, wenn sie über Desinformationen sprechen. Der Begriff „Fake News“ ist abzulehnen. Nicht nur, weil er gerne dazu genutzt wird, die freie Presse oder den politischen Gegner zu diskreditieren. Er ist auch in seinem Inhalt zu ungenau. Es muss zwischen „Falschmeldungen“ und gezielten Falschinformationen, die Schaden anrichten sollen, d.h. Desinformationen, unterschieden werden. Falschinformationen kommen immer wieder vor, werden aber – wie es sich im recherchierenden Journalismus gehört – korrigiert. Falsch-

informationen haben nicht die Intention fehlzuleiten oder Gesellschaften zu spalten. Anders hingegen Desinformationen, die zu häufig als „Fake News“ bezeichnet werden. Sie wollen Schaden anrichten, sind bewusst irreführend, erfunden, oder falsch kontextualisiert. Die falsche Verwendung von Begriffen kann zu einer Verharmlosung des Problems führen, sowie zu einem weiteren Vertrauensverlust in Medien und Politik und zu einer nicht-zielgerichteten Gegenstrategie. Letztere kann nur erfolgreich sein, wenn Probleme korrekt beschrieben und definiert werden können.

2 Bilder und Emotionen: Die gesamte Bandbreite an Desinformation begreifen

Bei der Findung von Strategien gegen Desinformationen muss auch darüber gesprochen werden, mit welchen Formaten sie übermittelt werden. Desinformationen werden häufig über (audio-)visuelle Medien verbreitet: Bilder, Grafiken, Fotos, Videos, Memes und Sprachnachrichten. Fotos oder Videos müssen nicht komplett manipuliert sein – häufig reicht eine falsche Kontextualisierung – um zu einer Desinformation zu werden. Auch mit kleinen Manipulationen, wie zum Beispiel der Verlangsamung einer Aufnahme, können Desinformationen generiert werden. Es müssen nicht immer aufwändig eingesetzte Deep Fakes sein. Visuelle

Inhalte lassen sich blitzschnell verbreiten und konsumieren. Ebenso bedarf es häufig keiner Übersetzungen, da Bilder, Memes und Grafiken für sich sprechen können.

Des Weiteren sprechen zahlreiche Bilder die Emotionen eines Menschen an. Wut, Trauer, Freude, sind nur drei Gefühle, die bei Fotos, Video und insbesondere Memes häufig erlebt werden. Desinformationen, die auf emotionaler Basis verbreitet werden, müssen mit anderen Gegenstrategien begegnet werden, als lediglich Faktenchecks, die auf die Ratio eines Menschen abzielen.

3 Aufklärung und Bildung: Bundeszentrale für digitale Bildung einführen

Grundlage für Maßnahmen gegen Desinformationen muss eine aufgeklärte Gesellschaft sein. Hier gilt es, Konzepte zu entwickeln, die Menschen jeden Alters ein Leben lang fort- und weiterbilden. Mit einer Bundeszentrale für digitale Bildung – analog zur Bundeszentrale für politische Bildung – sollten Menschen gezielt darüber aufgeklärt werden, was Desinformationen sind, wie man sie erkennt, wo mit ihnen zu rechnen ist und was die Beweggründe der Akteure sind. Es sollen Menschen Tools an die Hand gegeben werden, mit denen sie überprüfen können, ob zum Beispiel Fotos bereits in anderen Kontexten verwendet wurden, wie manipulierte Aufnahmen erkannt werden und an welchen weiteren Stellen sie sich für einen unabhängigen Faktencheck wenden können. Die leichte Erstellung und Verbreitung von Desinformationen im Internet macht deutlich, dass es insbesondere im digitalen Raum einen Fokus auf Fort- und Weiterbildung braucht. Zur Aufgabe der Bundeszentrale für digitale Bildung müssen

auch Themen wie Datenschutz, Cybersicherheit, Persönlichkeitsrechtsschutz und künstliche Intelligenz gehören.

Medienkompetenz und kritisches Denken sind im Informationszeitalter essenziell. Beides muss sowohl in der schulischen Bildung als auch in der Ausbildung für Lehrkräfte seinen Niederschlag finden. Eine Bundeszentrale für digitale Bildung kann hier – neben eigenen Angeboten zur privaten Weiterbildung – mit aktuellen Materialien für den Unterricht unterstützen.

Ältere Menschen sollten auch persönlich über Desinformationen und deren Gefahren informiert und sie mit digitalen Plattformen vertraut gemacht werden. Finnland macht dies über Erwachsenenbildungszentren. In Taiwan fahren Busse in ländliche Gebiete, um die dort lebenden Menschen zu erreichen.

4 Meinungsfreiheit sichern: kluge Regulierung gegen Overblocking

Desinformationen zu regulieren ist ein kompliziertes und komplexes Vorhaben. Insbesondere, weil lügen in der Regel nicht strafbar ist. Jegliche Maßnahmen gegen Desinformationen müssen das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit berücksichtigen. Overblocking von Inhalten ist dabei eine der größten Gefahren regulatorischer Maßnahmen. Daher sollte Regulierung nicht zuerst an Inhalten, sondern vorrangig an den Mechanismen ansetzen, die zur Verbreitung von Desinformationen beitragen (siehe Punkt 6).

Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) bietet richtige Aspekte, die notwendig sind, um unter anderem das Prinzip „verfolgen statt löschen“ umzusetzen, wie zum Beispiel die Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten und die Verpflichtung zur Vorhaltung eines Beschwerdemanagementsystems. Dennoch verfolgt das NetzDG vornehmlich das Ziel, dass die von Plattformen als offensichtlich rechtswidrig beurteilten Inhalte gelöscht werden. Die nicht intendierte Folge ist, dass das NetzDG Möglichkeiten zum Overblocking schafft. Es wird daher als Vorbild für Gesetze zur Regulierung von Social-Media-Plattformen in autokratisch geführten Staaten missbraucht.

Vage Begriffe wie ein Verbot der Verbreitung von „falschen“, „schädlichen“ oder „nicht-objektiven“ Informationen führen zur Rechtsunsicherheit und sollten nicht in Gesetzestexten verwendet werden. Ebenso darf es keine Einschränkung der Meinungs- und Informations-, sowie der Pressefreiheit durch die Vorgabe von technischen Maßnahmen geben. So ist das Vorhaben, Uploadfilter, das heißt, Algorithmen, die eigenständig Inhalte auf mögliche Rechtsverletzungen überprüfen, in Zukunft verstärkt zur automatisierten Moderation von Inhalten einzusetzen, abzulehnen. Diese Technologie ist nicht in der Lage, die sprachlichen und rechtlichen Feinheiten von Meinungsbeiträgen zu erkennen. Ihr Einsatz erzeugt ein Overblocking und damit eklatante Eingriffe in die Meinungsfreiheit. Die vorübergehende Sperrung eines Accounts durch private Plattformbetreiber darf nur in Ausnahmefällen, wie der Vorbereitung eines tätigen Angriffs auf Staatsinstitutionen und auf der Grundlage einer eindeutigen restriktiven Rechtsgrundlage, möglich sein. Das Abschalten des Internets, sogenannte „Internetshutdows“, als auch die Verhinderung des Zugangs zu bestimmten Angeboten durch Netzsperrungen, sind keine generell geeigneten Mittel gegen Desinformationen.

5 Ein moderner Rechtsstaat

Rechtswidrige Inhalte wie Volksverhetzung, üble Nachrede oder Beleidigungen müssen von der Justiz geahndet werden. Dafür braucht es nach Einführung der Meldepflicht an das Bundeskriminalamt einen Ressourcenaufbau im Justizwesen. Dies bedeutet eine generelle Aufstockung an Stellen für Richter und Staatsanwältinnen, insbesondere jedoch bei den auf den Cyberraum spezialisierten Organisationseinheiten.

Spezialeinheiten wie die Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime der Generalstaatsanwaltschaft Köln (ZAC) in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass die Bündelung von Kompetenzen zu sehr guten Ergebnissen in der Ermittlung und Verfolgung von Straftaten führt. Eine Grundlage für Ermittlungen ist unter anderem ein durchsetzbarer Auskunft-

anspruch gegenüber Social-Media-Plattformen und das Zusammenwirken mit Verlagen und Plattformbetreibern (siehe Punkt 4). Insgesamt muss die Justiz digitaler werden (Stichwort: e-Justice). Die technische Infrastruktur muss dem Stand der Technik entsprechen. Damit werden die Verfahren beschleunigt und in bestimmten Bereichen wird es zu Arbeitsentlastungen kommen.

Die rechtswissenschaftliche Forschung muss bestehende Ansätze zum juristischen Umgang mit Desinformation, insbesondere im Bereich der Wahlbeeinflussung und des Völkerrechts, stärker untersuchen. Geltende Gesetze bedürfen auf nationalstaatlicher Ebene hinsichtlich ihrer Auswirkungen einer wissenschaftlichen Evaluierung.

6 Technologie ins Blickfeld nehmen: Stärkere Verantwortung von Plattformbetreibern

Ein Großteil der Verantwortung, die Plattformbetreiber tragen, bezieht sich sowohl auf die Moderation von Inhalten, als auch auf die technische Gestaltung ihres eigenen Angebots. So zeigte sich bereits in Ländern wie Indien, dass das mit wenigen Klicks mögliche massenhafte Weiterleiten von Nachrichten auf WhatsApp zu erheblichen Problemen führen kann. Algorithmen auf YouTube, die den Konsumentinnen und Konsumenten immer extremere Videos vorschlagen und sie so erst zu Inhalten von Extremistinnen und Extremisten und zu Verschwörungsmäthen führen, unterliegen der technischen Kontrolle der Plattform. Plattformen müssen weitaus mehr unternehmen, um mittels Technikgestaltung der Verbreitung von Desinformationen Einhalt zu gebieten und Algorithmen, bzw. die Zusammensetzung von News-Feeds nachvollziehbar zu machen. Das bedeutet beispielsweise, das Teilen von als „irreführend“ oder „falsch“ identifizierten Inhalten nicht mehr möglich zu machen. Die Bewertung der Inhalte sollte durch Faktenchecker übernommen und transparent dargelegt werden. Plattformen müssen es ebenfalls möglich machen, dass Nutzerinnen und Nutzer die Zusammenstellung des eigenen News-Feeds stärker beeinflussen zu können. Bezahlte Inhalte müssen stärker als solche gekennzeichnet werden. Mittels einer qualitativen Algorithmentransparenz müssen Plattformen darlegen, dass ihre Empfehlungssysteme geringes Schadenspotential aufweisen.

Unabhängige Forschungseinrichtungen müssen Zugang zu den Wirkungsmechanismen der Algorithmen (qualitative Algorithmentransparenz) bekommen, um deren Effekte auf die Nutzerinnen und Nutzern zu untersuchen. Diese Forschungseinrichtungen müssen außerdem Zugang zu gelöschten Inhalten der Plattformen bekommen, um das Ausmaß und die Verbreitungswege von Desinformation besser beurteilen zu können. Da Plattformen auch aufgrund

ihrer eigenen Richtlinien zeitnah löschen, ist das Bild über das Ausmaß von Kampagnen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verzerrt. Auch sogenannte „Dark Patterns“, die Nutzerinnen und Nutzer zur übermäßigen Nutzung von Plattformen verleiten, müssen vermieden werden.

Plattformen müssen transparent darlegen, wie viele Content-Moderatorinnen und Moderatoren sie in einzelnen Ländern und Regionen beschäftigen. Content-Moderatoren brauchen nicht nur einen sprachlichen, sondern auch einen kulturellen Bezug zu den Regionen für die sie Inhalte moderieren, insbesondere dann, wenn sie mögliche Desinformationen erkennen sollen. Transparenz gilt auch, wenn Moderationsentscheidungen von Algorithmen automatisiert getroffen wurden. Niedrigschwellige Beschwerde- bzw. Schlichtungsstellen für Konfliktfälle bei Moderationsentscheidungen müssen für Nutzerinnen und Nutzer zur Verfügung stehen.

Plattformen müssen darlegen, wie viele Fake-Profile sie gelöscht haben und welche Erkenntnisse sie über Desinformationsnetzwerke und dahinterstehende Akteure haben. Ebenso müssen sie offenlegen, wie viele Menschen die Plattform beschäftigt, um solche Profile und Netzwerke zu detektieren.

Des Weiteren ist es wichtig, dass Plattformen weiterhin – nach klar vorgegebenen gesetzlichen Regeln auf europäischer Ebene – transparent und nachvollziehbar darlegen, welche Akteure für politische Werbung bezahlen. Außerdem muss bei politischer Werbung klar erkennbar sein, welche Zielgruppen mit einer Anzeige angesteuert werden. Dabei braucht es diese Erkennbarkeit sowohl direkt an der Anzeige selbst, als auch in Transparenzportalen, die eine Aufschlüsselung über generelle Ausgaben und Anzeigen eines politischen Akteurs darstellen.

7 Social-Media-Councils: Zivilgesellschaft verbindlich einbinden

Bei nicht rechtswidrigen Inhalten regeln die Community-Standards von zumeist US-amerikanischen Plattformen, was dort geteilt werden darf und was nicht. Für Plattformen gilt vornehmlich das Rechtssystem des Staates, in dem sie ihren Unternehmenshauptsitz haben. Erreichen Plattformen aus Drittstaaten in einem größeren Maße die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, dann kann für sie durch das Marktortprinzip zuerst das EU-Recht gelten, wenn entsprechende europäische Gesetzgebung dies vorsieht (wie beispielsweise bei dem geplanten Digital Services Act der Europäischen Kommission). Diese EU-Rechtssetzung ist wichtig, da international unterschiedliche Auffassungen über die Grenzen der Meinungsfreiheit herrschen und auch Moralvorstellungen unterschiedlich sind (zum Beispiel bei Nacktheit). Dies beeinflusst die Moderation von Inhalten.

Für nicht rechtswidrige Inhalte sollten Social-Media-Plattformen einen Umgang finden, der nicht durch die Unterneh-

men selbst, sondern durch Vorgaben aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft geprägt ist. Unabhängige und externe Social-Media-Councils mit Vertreterinnen und Vertreter aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft können helfen, indem sie Standards für die Moderation von Inhalten entwickeln, die sich die Unternehmen zu eigen machen. Versuche, wie das Oversight-Board von Facebook sind ein erster Schritt, eine größere Unabhängigkeit von den Unternehmen ist jedoch erstrebenswert.

Social-Media-Councils sollten in einzelnen Regionen angesiedelt sein – insbesondere im Globalen Süden – um spezifische Vorgaben machen zu können. Ein globaler Social-Media-Council kann von Erfahrungen und Expertisen aus den einzelnen Councils profitieren und deren Erkenntnisse in globale Standards einfließen lassen. Social-Media-Councils können Zensurvorfürfen durch Plattformen, aber auch Staaten, entgegenwirken.

8 Journalismus für das 21. Jahrhundert stärken

Desinformationen haben direkten Einfluss auf die Pressefreiheit. Journalistinnen und Journalisten erfahren nicht nur Rufschädigungen und Gewaltandrohungen, sondern auch Körperverletzungen. Der Staat muss mit allem Nachdruck und effektiv Journalistinnen und Journalisten vor den Verfechtern der Desinformation schützen.

Weltweit sinkt das Vertrauen in Journalismus. Menschen konsumieren immer weniger Nachrichten (Stichwort: News Avoidance) und immer mehr Redaktionen – gerade auch Lokalredaktionen – kämpfen ums Überleben. Insbesondere funktionierender Lokaljournalismus ist bei Strategien gegen Desinformationen wichtig. Umfassender (Lokal-)Journalismus lässt wenig Raum für Behauptungen, dass über bestimmte Sachverhalte nicht berichtet werden würde.

Journalismus basiert auf dem Selbstverständnis einer umfassenden Recherche und hat deshalb eine wichtige Funktion zur Einordnung und Einschätzung eines Sachverhalts. In einer immer schnelllebigeren Zeit mit immer mehr Informationen auf immer mehr Kanälen ist es umso wichtiger, dass Menschen diese Einordnung durch gut ausgebildete Journalistinnen und Journalisten bekommen.

Journalistinnen und Journalisten brauchen vor allem Zeit für ihre Recherchen und Berichte. Kostendruck macht es häufig nur noch schwer möglich, dass sie sich umfassend in Themen einarbeiten und Gespräche führen können. Daher braucht es neue Ansätze für verlegerische Finanzierungsmodelle.

Kontinuierliche Weiterbildung ist für Journalistinnen und Kommunikatoren essenziell. Neueste Forschungsergebnisse zur Verbreitung von Desinformation müssen in ihre Arbeit einfließen. So zeigt sich, dass häufig klassische Medien durch ihre Berichterstattung Falsch- und Desinformationen weiteren Aufschub geben. Außerdem zeigen Studien, dass die Wiederholung von Desinformation – auch in einer Kontextualisierung – Zweifel bei den Lesenden säht. Insbesondere dann, wenn sie die Desinformation immer und immer wieder lesen. Es muss kritisch in den Redaktionen diskutiert werden, über welche Desinformationen zur Aufklärung berichtet werden sollte und welchen man mit einer Berichterstattung erst Reichweite und damit breite Kenntnisnahme verschaffen würde.

9 Diplomatie im digitalen Zeitalter: Cyber-Außenpolitik priorisieren

Insbesondere autoritäre Regime setzen Desinformationen ein, um den eigenen Machterhalt zu sichern. Wenn Desinformationen von Regierungen genutzt werden, muss dies von der Weltgemeinschaft angesprochen und verurteilt werden. Der Kampf gegen Desinformation muss stärker Teil von Diplomatie und Außenpolitik werden. Nicht nur, weil autoritäre Regime und populistisch agierende Präsidenten in Demokratien Desinformation nutzen, um Bevölkerungsteile zu unterdrücken und Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit einzuschränken. Sondern auch, weil durch die vernetzte Weltgemeinschaft Menschen in der Diaspora von Desinformationskampagnen betroffen sind und dies auch Auswirkungen auf ihre neuen Heimatländer hat. Desinformationskampagnen von Regierungen haben immer auch Einfluss auf andere Nationen und können dort gefährliche Auswirkungen haben. Liberale Demokratien sollten den Umgang mit Desinformationen bei den Treffen der G20-Staaten adressieren. Mögliche

zukünftige Formate wie die Allianz der Demokratien (D10) könnten ein Forum für die Diskussion grundlegender Regulierungsfragen und für koordinierte Maßnahmen im Rahmen der Cyber-Außenpolitik bieten. Demokratische Staaten und Staatenbünde wie die Europäische Union müssen ihre strategische Kommunikation weiter ausbauen. Eine umfassende personelle Ausstattung und entsprechendes Budget sind dabei zwingend erforderlich. Der Cyber- und Informationsraum muss fester und priorisierter Bestandteil einer deutschen und europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.

Im Rahmen eines Capacity Buildings sollte darauf hingewirkt werden, dass insbesondere Länder des Globalen Südens bei der Umsetzung von Cyber-Normen der Vereinten Nationen in nationales Recht unterstützt werden. Diese Normen beinhalten unter anderem die Achtung der Menschenrechte, die den Cyberraum betreffen

10 Gefahrenabwehr durch bessere Kommunikation, Civic Tech und Transparenz

Desinformationen zielen darauf ab, Gesellschaften zu spalten. Zur Beurteilung und für die Gefahrenabwehr sollten Regierungen und Behörden frühzeitig wissen, welche Desinformationen verbreitet werden, um rechtzeitig mit passenden Antworten auf die verbreiteten Narrative reagieren zu können. Ein Monitoring, das sowohl von Expertinnen und Experten innerhalb der Behörden, als auch als Dienstleistung von Faktencheckern sowie unter Mitwirkung von Sicherheitsbehörden betrieben wird, ermöglicht, dass Desinformationen schnell widerlegt werden können und nicht die Massen erreicht.

Zudem sollten in den einzelnen Behörden sogenannte Rapid-Response-Teams in den Kommunikationsabteilungen angesiedelt werden, die schnell und geschickt auf aufkommende Desinformationen reagieren können. Taiwan zeigt beispielhaft, dass schnelle Reaktionen dazu führen, dass die Verbreitung einer Desinformation deutlich geringer ist. Richtigstellungen von behördlicher Seite dürfen dabei keinesfalls als Ersatz für kritische journalistische Berichterstattung gesehen werden.

Unabhängige Civic-Tech-Anwendungen sollten finanziell unterstützt und deren Einsatz gefördert werden. Zum Beispiel

Chatbots oder andere Kanäle, über die Menschen mögliche Desinformationen unkompliziert einsenden können, um sie von Faktencheckern überprüfen zu lassen. Die eingereichten und geprüften Desinformationen können auch mit Social-Media-Plattformen ausgetauscht werden, um die Reichweite der Inhalte drosseln zu lassen.

Regierungen und Behörden haben die Verantwortung, verständlich zu kommunizieren. Dazu gehört nicht nur argumentativ und transparent darzulegen, warum Entscheidungen getroffen wurden und was man mit ihnen bezwecken will. Es gehört ebenso dazu, auf den Kanälen zu kommunizieren, die die Bevölkerung maßgeblich nutzt. Gleichzeitig müssen Formate gefunden werden, die zu den Kanälen und Zielgruppen passen und Prozesse der Kommunikation innerhalb von Behörden zeitgemäß angepasst werden. Ganz allgemein muss Regierungshandeln besser erklärt, Hintergründe erläutert und vormalige Fehleinschätzungen als solche benannt und die Änderung der Regierungsposition begründet werden. Nur so bleibt möglichst wenig Raum für das Entstehen von Desinformationen und Verschwörungserzählungen. Dies gilt insbesondere in Krisen und unwägbareren Situationen, wie während einer Pandemie.

